

## Perspektiven der Linken



Im Herbst 1989 und im darauffolgenden Jahr bin ich als sogenannte »Linke« oft beschimpft und aufgefordert worden, endlich den Mund zu halten, weil meine Kritik am überschnellen Einigungsprozeß als störend empfunden wurde. Niemand wollte damals dritte Wege, alle hatten von dem gerade überstandenen »Experiment Sozialismus« die Nase voll. Man wollte die Währungsunion, aber ohne über die Konsequenzen genau Bescheid wissen zu wollen. Man wollte die schnelle Wiedervereinigung, die Warnungen vor der zu erwartenden Arbeitslosigkeit überhörte man, sie störten den schönen Traum. Heute übertreffen die Arbeitslosenzahlen selbst unsere damaligen schwärzesten Prognosen, damals hieß es: du willst nicht die Wiedervereinigung.

Heute sind die, die damals keine Phantasie aufbringen konnten, von der Realität überzeugt worden. Resignation und Lethargie machen sich bei denen breit, die durch die Folgen der Wiedervereinigung ins Aus gedrängt wurden.

Aber heute werde ich als »Rechte« beschimpft, die angeblich von »Bonn« bezahlt wird oder zumindest blauäugig von diesen »Rechten« ausgenutzt wird. Dies sagen heute Leute, die selten den Mut haben, sich selbst als »Linke« zu bezeichnen, sich aber sicher als solche empfinden. Sie sagen es deshalb, weil ich nicht der Meinung bin, daß wir eine Einheitsfront, sprich Ostpartei, gegen den Westen brauchen, sondern eine Einheitsfront gegen die Dummheit und Lüge.

Als im September 1989 auf Initiative einer zahlenmäßig kleinen Gruppe von Frauen und Männern, die aber doch einen Teil der DDR-Bevölkerung repräsentierten, das Neue Forum gegründet wurde, hat niemand gedacht, daß fast alle politischen Kräfte der DDR in den folgenden Monaten auf das Ende des politischen Systems hinarbeiten und, ohne abzuwägen und zu werten, bereit sein würden, das gesamte politische System der Bundesrepublik zu übernehmen.

Wir forderten damals alle Menschen in der DDR unabhängig von ihren politischen weltanschaulichen, religiösen Überzeugungen auf, nicht länger auf die notwendige Auseinandersetzung um die politische Selbstbestimmung zu verzichten, sondern sie in einem öffentlichen und umfassenden Dialog ohne Rücksicht auf die staatliche Billigung wahrzunehmen.

Das Neue Forum bot sich für diesen Dialog weniger als feste organisatorische Struktur, denn als Dach an. Es sollten keine Ergebnisse der öffentlichen Debatte vorweggenommen werden, sondern gemeinsam die Wege aus der gesellschaftlichen und politischen Krise der DDR gesucht, erstritten und gefunden werden.

Das Neue Forum richtete sich nicht gegen irgendeine existierende politische Kraft, ja, nicht einmal gegen die herrschende SED, sondern rief ausdrücklich und ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger zu gemeinsamem Handeln auf. Ziel war die Überwindung des tatsächlich herrschenden politischen Regimes. Konkrete Konzepte für neu zu schaffende gesellschaftliche und politische Verhältnisse sollten in dem erstrebten gesellschaftlichen Dialog erst erarbeitet werden, denn die Kommunikation in der DDR war nicht nur zwischen oben und unten gestört, sondern durch ständiges gegenseitiges Mißtrauen weitgehend auch innerhalb der Bevölkerung.

Das Hauptziel des Neuen Forum ist erreicht worden, und zwar die friedliche und gewaltlose Überwindung des spätstalinistischen Herrschaftssystems. Die Mehrheit der Bevölkerung aber entschied sich nicht für die Suche nach eigenen Wegen und neuen Möglichkeiten für die Überwindung der Probleme, sondern dafür, das DDR-System durch die Übernahme der gesellschaftspolitischen Verhältnisse der Bundesrepublik zu überwinden. Sicher entsprach dies nicht den Zukunftsvorstellungen vieler Oppositioneller, und trotzdem stellt der Anschluß der DDR an die BRD das Resultat eines demokratischen Prozesses dar.

Wesentliche Forderungen des demokratischen Umbruchs vom Herbst 1989, die über die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie hinausgingen, sind allerdings bis heute nicht eingelöst worden. Im Gegenteil, wir sind in der Gefahr, bisher Erreichtes aufzugeben.

Die schöne wilde Zeit zwischen Noch-DDR und Noch-nicht-Bundesrepublik wird uns allen in Erinnerung bleiben. Die damaligen Erkenntnisse, die sich zum Teil in den Beschlüssen der Parlamente und der Verfassung des Runden Tisches niedergeschlagen haben, sind aufgegeben worden bzw. durch das politische System der Bundesrepublik verdrängt. Ich erinnere nur an die 5 %-Klausel im Wahlgesetz und daran, daß Bürgerbewegungen nach westlichem Recht nicht wählbar sind.

Die Auswirkungen des einseitigen Staatsvertrages und der Währungsunion mit halber Sozialunion sind da. Das Aufbrechen der großen sozialen Konflikte konnte bis jetzt noch durch finanzielle Trostpflästerchen verhindert werden. Aber sie werden kommen, wenn nicht endlich politische Entscheidungen getroffen werden, die den Menschen im Osten ihre Würde wiedergeben und eine Perspektive in dem neuen Deutschland, zum Beispiel die Umkehr des Grundsatzes »Rückgabe vor Entschädigung«. Dabei dürfen nicht die Menschen vergessen werden, die auch im Westen unter den Folgen der Wiedervereinigung zu leiden haben bzw. deren Interessen jetzt zugunsten des Ostens vernachlässigt werden. Ich denke dabei an die sozial Schwachen, an die Alten, Kranken, Arbeitslosen, an die vielen Selbsthilfeeinrichtungen, deren finanzielle Mittel beschnitten werden und die eigentlich mit die wichtigste Aufgabe im Osten hätten, nämlich dort die Entstehung von Selbsthilfeprojekten zu unterstützen.

Was tun aber die sogenannten »Linken« in dieser Situation? Anstatt sich als Lobby derjenigen zu verstehen, die jetzt in den Verteilungskämpfen auf der Strecke bleiben, beteiligen sie sich an den Verteilungskämpfen um die Macht. Dies trifft sowohl auf die SPD, die Grünen, das Bündnis 90 und die PDS zu. Da wird überlegt, wie man in den nächsten Bundestag kommt und mit wie viel Abgeordneten. Dies scheint das Hauptproblem zu sein. Da sind die einen im vorhinein bereit, eine Koalition mit der SPD einzugehen, die anderen wollen eine Ostpartei mit dem schönen Namen »Sammlungsbewegung für Gerechtigkeit« gründen. Ganz egal, ob jeweils die politischen Inhalte des anderen vertretbar sind.

Im Westen wird von den Linken diskutiert, wie die Bundesrepublik

zu verteidigen ist, aber nicht was. Und der Osten schließt sich an, wenn ich an das Bündnis 90/Grüne im Bundestag denke. Da ist plötzlich die Forderung nach der Abschaffung der Armee, der Geheimdienste, aller Zwangsdienste utopisch. Angeblich verlangt die neu entstandene Situation in der Welt die Aufgabe dieser Grundwerte bisheriger alternativer Politik.

Plötzlich versteht man sich als deutsche Führungskraft in der Weltgeschichte. Blauhelmeinsätze werden in Erwägung gezogen, aber ganz sicher vergessen die ehemaligen Bürgerbewegten im Bundestag, daß vielleicht auch ihre Kinder in diesen Konflikten künftig kämpfen müßten. Aber vielleicht auch nicht, wenn die lieben Eltern es schaffen, auf ihren Abgeordnetensitzen hocken zu bleiben. Da wird darüber nachgedacht, wie man mit dem »Ausländerproblem« fertig wird. Wenn man Deutschland zum Einwanderungsland macht, soll dies leichter zu lösen sein. Dabei wird vergessen, daß das Einwanderungsgesetz auch nur eine Überlebensstrategie des modernen Staates ist und die Fluktuation von Menschen durch Mauern nur kurzfristig verhindert werden kann.

Der Sozialismus ist zusammengebrochen, aber deshalb hat der Kapitalismus nicht gesiegt. Der Blick ist augenblicklich aber dadurch verstellt für die Frage nach der wünschenswerten und gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wir denken nur an Deutschland, höchstens noch an Europa, wenn wir über zukünftige Gesellschaftsmodelle nachdenken. Wir vergessen völlig China mit seiner so anderen Tradition und Kultur, wir vergessen fast immer Indien, viele Länder der dritten Welt, die sich auf halbem Wege zum Staatssozialismus befanden. Und ob die künftige Weltwirtschaftsordnung wirklich nur kapitalistisch sein kann und will, ist noch lange nicht sicher.

Ich glaube nicht.

Zukunft haben wir als Menschen nur, wenn wir die ökonomischen Prozesse unseren Bedürfnissen anpassen und nicht, wenn die Bedürfnisse der Industriewelt und des Wirtschaftsprozesses uns bestimmen. Sicher wollen das in dieser Zeit der Neuorientierung und des Nachhohlenwollens viele Menschen nicht hören. Aber wir brauchen uns nichts vorzumachen, auf dieser Welt wird nicht jeder Mensch, dem die But-

ter schmilzt, weil er in Ländern mit 30 Grad und mehr lebt, einen Kühlschrank haben können, wenn wir nicht die Ressourcen dieser Erde total aufbrauchen wollen. Aber jeder Mensch kann ein Stück Brot haben und auch noch ein bißchen Butter drauf. Genau hier sehe ich den Platz der Linken. Nicht bei administrativer Verteilung von Brot, sondern bei der Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft.

Auch in dem Sozialismus, den wir im Osten gerade verlassen haben, haben wir das menschliche Miteinanderleben nicht gelernt. Spätestens jetzt müssen wir das zugeben. Das steht noch aus. Zum Beispiel hätte die PDS das SED-Vermögen denen zurückgeben müssen, denen sie es weggenommen hat. Aber das Eigeninteresse der Organisation hat gesiegt, und jetzt liegt das Vermögen in der Kasse des Finanzministers Waigel.

Die »linken« Kräfte des Westens und des Ostens hätten sich stark machen müssen für die Vergesellschaftung von Grund und Boden in der ehemaligen DDR. Aber soweit ging das Vordenken auch der westlichen Linken nicht, daß es sich hier um ein Zukunftsexperiment handeln könnte. Da wurde auch als wichtigste Aufgabe gesehen, den Osten aufzuteilen, und wenn es nur geistig war. Ein nach internen Kämpfen zerfleddertes Bündnis 90/Grüne, eine schmalbrüstige Linke Liste/PDS und eine schwindsüchtige SPD waren das Ergebnis.

Ja, ob das nun die Linken sind, auf die die verwirrte Welt wartet, wage ich zu bezweifeln. Nichtsdestotrotz sehe ich niemand anders. Wir als Bürgerbewegung werden auch dort unsere Verbündeten suchen und hoffentlich - wie auch in anderen Parteien - finden.

Aber es werden einzelne Menschen sein und nicht die Institutionen Partei, Kirche, Gewerkschaft, die sich für die Dezentralisierung der Macht einsetzen, für die Entbürokratisierung der Gesellschaft, für neue Werte, für eine Lebensgestaltung, die sich radikal an dem orientiert, was wirklich das Leben schützt. Die nicht erst ihre Forderungen stellen, wenn es der Pragmatismus gestattet, sondern wenn es die Vernunft gebietet. Die nicht ihre politischen Grundsätze fallen lassen, nur weil es die politische Schlechtwetterlage empfiehlt. Die Utopien im Kopf haben und bereit sind, sie zu vertreten, auch wenn sie noch nicht mehrheitsfähig sind. Vielleicht werden das die neuen Linken sein.